

nicht vergessen, daß hinter dem deutschen Katholizismus ein geschlossenes Glaubens- und Weltanschauungssystem steht, das seine Mitglieder bindet und zu gelegener Zeit immer die Grundsätzlichheit und Unbedingtheit seiner Lehremeinung zur Anerkennung bringt, daß neben den Laien der Klerus immer seine große und zuletzt entscheidende Rolle spielen wird. Organe wie die Petrusblätter in Trier, die weder auf die weltliche Haltung der Laienkreise noch auf die soziologische Erfordernisse der Wahlperiode Rücksicht nehmen, bringen das dann auch unumwunden zum Ausdruck. In einer Verhandlung des Programms der katholischen Volkspartei (des baptistischen Zentrums) am 31. Dezember 1918 lehnen diese geistlichen Zentrumsmänner rückwärts alles verbindliche Eingehen auf das Dokument des evangelischen Kirche ab. „Es gibt nur eine christliche Kirche und Sekte. Von ‚christlichen Kirchen‘ darf ein Katholik nicht sprechen, ohne sich eines schweren Irrtums schuldig zu machen.“ Das entspricht durchaus dem kirchlichen Gebot, und kein Katholik kann und will daran etwas ändern.

Aus diesem Grunde gefährden die idealistischen Hoffnungen auf eine Annäherung der beiden Konfessionen, die die Kundgebung des Bundes Christlicher Katholiken zum Ausbruch bringt, mehr die Stellung des Protestantismus, als daß sie ihm nützen. Aber es könnten dabei kritische Bestrebungen, die eine Versöhnung der christlichen Kirchen im Sinne einer höheren Einheit zum Ziel haben, mit sprechen, und zumal der dogmatisch freie Protestant kann dafür ein hohes Verständnis aufbringen. Aber, wie man auch von evangelischer Seite zu diesem Problem Stellung nimmt, das muß doch unerschütterliche Vorbedingung sein: daß bei dem Vereinheitlichungsprozeß von dem Glaubens- und Weltanschauungssystem des Protestantismus nichts Wertvolles und Wesentliches verloren geht. So wie die Dinge heute liegen, ist das aber nun und nimmermehr zu erwarten. In der erwähnten Erörterung greifen die Petrusblätter den im Programm der baptistischen Volkspartei liegenden Sach an, daß der Katholik und der Protestant sein Fleisches und Flestes aus seiner Konfession abschöpfen, und sie erklären dagegen: „Das ist ein Irrtum. Wir kennen die Lebe von der kleinlängigen Kirche. Diese ist he schlicht keinen schuldlos Irrenden vom Heil aus, aber sie lebt, daß dieser schuldlos Irrende sein Fleisches und Flestes, das Heil, nicht aus seinem Irrtum, sondern aus seiner geistigen Jugebrigkeit zur katholischen Kirche schöpft.“ So und nicht anders nimmt Rom Stellung, und darauf kommt es zuletzt an. Solange der deutsche Katholizismus sein kirchliches System nicht geändert hat, bleibt das alte Wort bestehen: Qui mons tu papam, tu moris, und die Protestanten, die es in diesen Tagen vergessen, tun ihrem Glauben, für den sie eintreten wollen, damit den außerschlechten Dienst.

Die Erklärung der unabhängigen Minister über ihren Rücktritt

Dresden, 16. Januar. (Drucksbericht.) Erklärung der zurückgetretenen drei sächsischen Minister der U. S. P.:

Am Freitag, den 10. Januar, fand im Anschluß an eine Versammlung im Circus Caracalla in Dresden eine Demonstration statt, die zu einem Zusammenstoß auf dem Weißer Platz vor dem Gebäude der Dresdner Volkszeitung führte. In der Bevölkerung, es sollte, wie in Berlin und anderen Orten, von den Kommunisten der Zeitungsbetrieb gestoppt werden, wurde von der Militärwache auf die Menge geschossen; außerdem wurden aus den oberen Stockwerken Streumaterialien auf die Menge geworfen. Insgesamt wurden zwölf Demonstranten getötet und 52 Personen, zum Teil Unbefähigte, selbst Amboß, verletzt. Wer die Schuld an diesem Blutbad trägt, soll die Untersuchung durch die Behörden feststellen. Einem Antrage des Volksbeauftragten Gleißner, eine freie Kommission mit der Feststellung des Tatbestandes zu betrauen, die dem Oberministerium Bericht erstatten soll, wurde von den Mitgliedern der Regierung der Mehrheitssozialisten als ein Eingreifen in behördliche Maßnahmen abgelehnt.

Am Nachmittag desselben Tages erfuhr der frühere Reichstagsabgeordnete Otto Nühse, der nicht an der Demonstration beteiligt war, von dem Maßstab und wandte sich beschwichtigend an den Vorsitzenden des Volksgerichts des Arbeiter- und Soldatenrates in Dresden, Neuring. Bei dieser Gelegenheit legte Neuring dem Nühse ein Flugblatt des Kommunistenbundes vor, in dem erklärkt worden war, daß die Wahlen zur Nationalversammlung mit allen Mitteln verhindert werden sollen, und fragte Nühse, wie er diesen Sach verstehe. Darauf soll Nühse nach Anfrage von Neuring erklärt haben: „Wenn wir die Wahlen nicht verhindern können, dann werden wir die Nationalversammlung mit Gewalt verhindern!“ Daraufhin wurde Nühse auf Anordnung von Neuring durch Matrosen verhaftet. Dem Volksbeauftragten Lipinski, der bald darauf mit Neuring und Krämer wegen des Dresden-Vorfalls verhandelt wurde, wurde die Verhaftung Nühles verschwiegen, und auf eine am Montagnachmittag erfolgte telefonische Anfrage erklärte Neuring dem Volksbeauftragten Lipinski, es gebe ihm gar nichts an, wo Nühle wolle, er solle sich um Leipziger Verhältnisse kümmern, und brach das Gespräch durch Abhängen des Hörers ab. Inzwischen wurde festgestellt, daß zehn Soldaten und vier Militärpersone verhaftet worden seien. Den Angehörigen der Verbündeten wurde jedoch Auskunft darüber von Neuring und Mitgliedern des Volksgerichts verweigert, wo sie die Inhaftierten befinden. Deshalb ordnete der Volksbeauftragte des Janera Lipinski an, daß die Inhaftierten dem ordentlichen zuständigen Richter zugewiesen werden müssten. Erst am Donnerstag konnte festgestellt werden, daß sie am 11. Januar dem Landgericht Dresden am Münchner Platz zugeschafft worden waren. Jegedem Beweis, daß Nühle die Demonstration verhindert oder ihr beigemessen hat, ergibt sich aus den Akten des Untersuchungsrichters nicht; es ist vielmehr im alten Polizeiurteil verlust worden, einen Landfriedensbeschluß gegen Nühle und die anderen Verbündeten zu konstatieren.

Nach diesem Vorgang hob der Ehrensaal des Arbeiter- und Soldatenrats Dresden für die Kommunisten das Versammlungsrecht auf und erließ gegen die von der Unabhängigen Partei für Sonnabend veranstaltete Demonstration einen Aufruf: „Bei Lebensgefahr! Keiner heute auf dem Theaterplatz! Keiner beteilige sich an der Demonstration! Der revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat!

Es wurde also ein doppelter Eingriff in das Recht der Versammlungsfreiheit verübt, einmal das Verbot der Versammlungen, zweitens die Einschüchterung friedlicher Demonstranten durch Inaussichtstellung der Anwendung von Gewalt. Diese Anordnungen wurden getroffen, ohne daß dieses Mitglied der Unabh. Partei des Ehrensaals sowieso davon Kenntnis erhielt oder zur Beschlußfassung hinzugezogen wurde. Dieser Eingriff in die Rechte der Regierung korrigierte den Volksbeauftragten Lipinski durch Aufhebung des Versammlungsverbotes. Inzwischen demonstrierten Pirater Arbeiter gegen die Vergangenheit in Dresden und verlangten die Freigabe Nühles. Das Gesamtministerium nahm am Dienstag, dem 14. Januar, hierzu mit der Behauptung Stellung, die Kommunisten wollten mit Gewalt die Wahlen zur Nationalversammlung verhindern. Nach eingedringerter Aussprache wurde einstimmig beschlossen, die Volksbeauftragten Lipinski und Schwarz in einer Volksversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats in Pirna zu delegieren, um mit ihr wegen den obigen zwei Fragen zu verhandeln. Sie erhielten Vollmacht, zu erkennen, daß wenn die Behauptung der Wahlen nicht aufzuhalten sollte, sie sich mit ihrer Person für die Freilassung Nühles einzusetzen hätten, soweit ihm nicht strafbare Handlungen nachgewiesen werden. Von diesem Vorgehen erhielt Neuring durch den Volksbeauftragten Schwarz Kenntnis. Trotzdem wurde auf Anordnung des Ehrensaals der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats in Pirna, der Gewerkschaftsangehörige Michael Kimmich, am Morgen des 15. Januar, früh 4 Uhr, in seinem Wohnhaus in Mügeln bei Pirna verhaftet, weil in seinem Hause Waffen gefunden wurden.

In der Versammlung des U. und S.-Rats in Pirna wurde festgestellt, daß von Anhängern der Mehrheitspartei, daß in keiner Versammlung des U. und S.-Rats von Pirna die Verbindung der Nationalwahlen besprochen worden sei; im Gegenteil, bereits am 15. Januar 1918, vor der Versammlung, hatte der U. und S.-Rat folgende Erklärung im Pirnaer Rathaussaal verlesen:

Um den unfließigen Gerüchten im Bürgertum ein Ende zu machen, erläutert der heutige U. und S.-Rat, daß anlässlich der am kommenden Sonntag stattfindenden Nationalversammlung keine Gewalttätigkeiten geübt werden und etwa vor kommende Unruhen von Sicherheitsgruppen sofort unterdrückt würden. Von der Bevölkerung wird erwartet, daß sie keinerlei Anschlag zum Einbrechen habe.

Pirna, den 14. Januar 1919. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Versammlung des U. und S.-Rats machte sich diese Erklärung vollständig zu eigen.

Gegenüber der Verhaftung Kimmichs wurde festgestellt, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Waffen öffentlich in das Gebäude des Fabrikarbeiterverbandes in Mügeln übergeführt hat, in dem Kimmich wohnt und dieses Gebäude als ein öffentliches bezeichnet. Die Verhaftung Kimmichs erfolgte, weil er unverrichtigt ein Waffenlager gehalten und keinen Waffenchein habe.

Nun geben die beiden Volksbeauftragten Lipinski und Schwarz

die in Dresden vereinbarte Erklärung ab, die sie mit ihrer Person für die Freilassung Nühles und Kimmichs einsetzen würden,

auch für die anderen Verhafteten insoweit, als ihnen nicht strafbare Handlungen zur Last gelegt würden.

Unmittelbar darauf fand nachmittags 3 Uhr in Dresden eine Gesamtkonferenz des Ministeriums statt, in der nach dem erststehenen Bericht der Volksbeauftragte Dr. Gräfinauer sich wieder vorstellte und erklärte, daß er keine Handlung entstehen, um welche Bedenken verstoßen und erst nach langem Drängen sich bereit erklärte, Kimmichs Freilassung zu zulassen, die noch am selben Tage erfüllt wurde. Über Kühne wurde Auskunft vom Unterhändler eingeschaut und am Donnerstag früh zur Sitzung die Akten herbeigeschafft. Dagegen auch aus diesen Akten läßt keine strafbare Handlung bzw. der Demonstranten am Freitag, dem 10. Januar, nachgewiesen werden, so übertrieb der Kühne die Gefahr der Kollektionsgefahr verfügt worden.

Trotz dieser Feststellung konnte der Volksbeauftragte Gräfinauer sich zu keiner Handlung entscheiden. Am Abend jener Nacht das Oberministerium die Zusammensetzung des Landestages der U. und S.-R. Sachsen beschlossen. Da er erkannte, daß nicht, sondern beider die Volksbeauftragten Buch, Gräfinauer und Schwarz

nach dem Standeshause zu einer Sonderausprache.

Da die Einigung des Dresdner Arbeiter- und Soldatenrates in die Rechte des Ministeriums durch das Oberministerium nicht korrigiert und weiter die am Dienstag den beiden Volksbeauftragten gegebene Zulage für die Freilassung Nühles nicht erfüllt worden ist, wollen die unterzeichneten Volksbeauftragten es mit ihrer positiven Überzeugung nicht vereinbar, im Minisium zu verbreiten. Sie haben alles getan, um den bürgerlichen Frieden zu bewahren. Deshalb kann es heute nicht vorausgesetzt werden, daß der Kühne die Entscheidung fallen wird, läßt sich natürlich nicht voraussetzen. Ob die drei Minister neu bestellt werden oder ob man bis zu den Wahlen zur sächsischen Volksversammlung die Stellen unbesetzt lassen wird, ist ungewiß. Sollten aber so dahin eine neue Minister ernannt werden, so werden sie bestimmt nur aus den Mehrheits-

sozialisten entnommen.

Sie legen deshalb ihre Bemühungen ab.

Gleißner, Geyer, Lipinski.

Δ Dresden, 17. Januar. (Drucksbericht unserer Dresden-Schriftleitung.) Der Vorstand der Mehrheitssozialisten hat zu dem Rücktritt der drei unabhängigen Minister Gleißner, Geyer und Lipinski noch keine Stellung genommen. Er will der Entscheidung des Zentralrates des U. und S.-Landesrates, der am 27. Dezember gewählt wurde, nicht voreilen. Dagegen wird am Montag, dem 20. Januar, zu einer Beratung zusammengetreten, um sich mit der durch den Rücktritt geschaffenen Elision zu beschließen. In welcher Weise die Entscheidung fallen wird, läßt sich natürlich nicht voraussetzen. Ob die drei Minister neu bestellt werden oder ob man bis zu den Wahlen zur sächsischen Volksversammlung die Stellen unbesetzt lassen wird, ist ungewiß. Sollten aber so dahin eine neue Minister ernannt werden, so werden sie bestimmt nur aus den Mehrheits-

sozialisten entnommen.

Die Aufgaben und Ziele der deutschen Friedensdelegation

Berlin, 17. Januar. (Drucksbericht.) Die Reichsregierung beschäftigt sich in ihren letzten Kabinettssitzungen unter Zugleichung des Staatssekretärs des Außenamtes, die Delegation zur Friedenskonferenz zusammenzustellen. In Leidenschaft der Amtordnung bestimmte sie den Staatssekretär des Außenamtes Graf Brackendorff-Ranhausen und den Volksbeauftragten Schleiden; ihnen wird ein Stab diplomatischer, wirtschaftlicher und rechtspolitischer Referenten beigeordnet werden. Die Amtordnung wird in ihrer Zusammenfassung das neue Deutschland zur Darstellung bringen. Auch über die Röhrlinien, an die sich die deutschen Vertreter an der Friedenskonferenz zu halten haben, ist Klarheit und Übereinstimmung erzielt worden; vor allem ist sich die Reichsregierung der Verantwortung bewußt, die ihr durch die Annahme des Wilsonschen Programms auferlegt ist. Wie sie alles zu dessen Durchführung erforderliche nochdrücklich betreuen und jede damit übernommene Verpflichtung streng einzuhalten wird, so muß sie anderseits die Forderungen unserer bisherigen Gegner abwehren, die über jenes Programm hinausgehen, und sie darf die Grenzen nicht überschreiten, sofern die Bevölkerung der jungen deutschen Republik als Staatsvolk und Wirtschaftskörper gezeigt sind. Sie muß sich der Weiterführung des Weltkrieges nach dem Friedenskrieges noch dem Friedensschluß widersetzen. Unsere Vertreter haben sich dafür eingesetzt, daß alle wirtschaftlichen Kampfmäßigkeiten sofort eingestellt und dadurch die geschädigten Privatrechte somit wie möglich widerhergestellt werden. Es wird unverzüglich eine auf Willkür und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarung über die gegenseitige Einflußnahme von Rohstoffen und Lebensmitteln zu treffen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anzustreben. Dies gehört ebenfalls zu den Friedensschluß widersehen. Unsere Vertreter haben sich dafür eingesetzt, daß alle wirtschaftlichen Kampfmäßigkeiten sofort eingestellt und dadurch die geschädigten Privatrechte somit wie möglich widerhergestellt werden. Es wird unverzüglich eine auf Willkür und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarung über die gegenseitige Einflußnahme von Rohstoffen und Lebensmitteln zu treffen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anzustreben. Dies gehört ebenfalls zu den Friedensschluß widersehen.

Die Konferenzen sind diejenigen, die sich die Konferenzen auf der Grundlage der von den letzten internationalen Kongressen darüber geschaffenen Beschlüsse von allen beteiligten Staaten zunächst gleichmäßig geregt werden. Weiterhin werden unsere Vertreter zu erklären haben, daß Deutschland bereit ist, gemeinsam mit den anderen Staaten zu handeln, zur Last obzurücken und die zur Ausführung dieses schwierigen Problems erforderlichen Verpflichtungen unter Vorauflösung der Gegenseitigkeit einzugehen. Tatsächlich hat sich in Deutschland durch die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen seine Abstimmung im wesentlichen schon vollzogen, um so weniger ist es gerechtfertigt, daß unsere Gegner die kriegsgefangenen Deutschen immer noch hinter Stacheldraht schmachten lassen, während wir unsere Gefangenen freigeben möchten. Die Delegierten sind angewiesen, auf der Einigung aller gefangen genommenen Deutschen, schon bei Beginn der Verhandlungen nachdrücklich zu bestehen. Sie werden ferner für die Wiedereinführung des Deutschen Reiches in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms eingesetzt haben und dabei die Sorge für das Wohl eingedrungenen Bevölkerung als gemeinsame Pflicht aller Völker und europäischen Kulturreiche zu betonen. Bei Behandlung der territorialen Fragen in Europa und Vorderasien werden unsere Unterhändler das große Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ebenwohl zugunsten anderer annehmen, wie sie es zugunsten des deutschen Volkes in Anspruch nehmen müssen. Dies gilt insbesondere für die politische und ethnisch-sprachliche Frage. Unsere Vertreter sind schließlich angewiesen, nach allen ihren Kräften die Errichtung eines Völkerbundes im Geiste des Wilsonschen Vorschlags und in Verbindung mit der internationalen Schiedsgerichtsplatze zu fordern, weil hierdurch allein der Zustand des Friedens verhindert wird.

Paris, 18. Januar. (Drucksbericht. — Umlauf.) Der Präsident der Vereinigten Staaten und die Premierminister und Minister des Außenamtes der alliierten und assoziierten Mächte trafen im Bataillon der japanischen Gefolgen in London und Paris vorzeitig von 10 bis 12 Uhr eine Sitzung im Ministerium des Außenamtes ab. Sie sprachen über die Beziehungen zwischen Konferenz und Presse und beschlossen, daß heute 3 Uhr unter Zugleichung der fremden Presse und der alliierten Pressevertreter zu einem Neuanfangsmaßnahmen über die beste Arbeitsmethode zu versammeln. Diese Versammlung beschäftigte sich hiermit mit der Prüfung der Lage in Rußland und beschloß, daß sich die Regierungen die letzten eingegangenen Nachrichten mitteilen sollen, um sie gemeinsam zu prüfen. Die nächste Sitzung wird Freitag, 10.30 Uhr vorzeitig stattfinden.

Noch etwas von den Deutschnationalen

Von Fabrikbesitzer Hugo Groß, Leipzig.

Hinter der Deutschnationalen Volkspartei stehen die alten Konservativen, die Antisemiten, der Bund der Landwirte, die Alldeutschen und alle die Gruppen, die bisher den Konservativen Gefolgschaft geleistet haben. Doch mancher, der dem politischen Leben bisher ferngestanden hat, mancher wohlmeinende Patriot mag sich dieser Partei in den letzten Wochen angeschlossen haben, irregeführt von dem prunkenden Parteinamen „Deutschnationale Volkspartei“. Dass uns heute die Deutschnationale Volkspartei die konervative Politik im Wahlkampf verlassen machen will, ist begreiflich. Darum klingt es aus den deutschnationalen Kundgebungen auch ganz anders heraus. Um so notwendiger ist es daher, die Worte der Deutschnationalen kritisch nachzuprüfen.

In einem Wahlaufrufe der Deutschnationalen Volkspartei in Leipzig steht zu lesen: „Die Revolution hat statt eines Friedens der Verständigung unsere völlige Unterwerfung gebracht.“ Das könnte den Anschein erwecken, als seien die Konservativen Anhänger eines Verständigungskriedes gewesen. Von keiner Seite aber sind diejenigen, die eine Verständigung und einen Ausgleich mit unseren Feinden erstreben, schwächer und gebässiger beschimpft worden, als von den Konservativen. Die Konservativen wollten einen sogenannten „starken deutschen Frieden“ mit weitgestreckten Kriegszügen. Sie haben aus dem Verteidigungskrieg, in den das deutsche Volk 1914 einmütig eingetreten war, unter Führung von Tirpitz, Ludendorff, Herrn v. Hindenburg und dem Grafen Walther einen Erobерungskrieg gemacht und uns dadurch an den Rand des Unterganges geführt. Die konervative Macht- und Kriegspolitik hat den Rückboden für die Revolution vorbereitet.

Der erwähnte deutschnationale Wahlaufruf spricht weiterhin von der Monarchie. Die Deutschnationale Volkspartei erkennt in der Monarchie die für das deutsche Volk geeignete Staatsform. Die 22 führen deutschen Bundesfürsten zu einer durchdringlichen Bürgerkrieg. Das wissen auch die Deutschnationalen. Niemand, der sein deutsches Vaterland liebt, wird den Bürgerkrieg wollen. Deshalb ist es heute unangebracht, sich für den monarchischen Gedanken einzuleben, bloß um auf die Gefüße gewisser Volkskreise Eindruck zu machen. Wie war es denn in Wahrheit um die monarchische Befinnung und Treue der Konservativen in der Vergangenheit bestellt? Nur solange stellten sich die Konservativen in den Dienst der Monarchie, als die Interessen der Monarchie und der Konservativen zusammengingen. Darüber hinaus machten sie Opposition, sobald ihre unmittelbaren Interessen verletzt wurden. Dafür gibt es viele Beispiele in unserer Geschichte. Noch im Jahre 1902 bei den Kämpfen um den Sozialtarif des Vaterlandes gegen die Zollvereinigung nicht bewilligt würden, dann würden die Zollvereinigung zusammenbrechen. Also einen Patriotsmus nach Mark und Pfennig betätigten die Herren Konservativen. Als der König von Preußen für eine freiheitliche Wahlrechtsreform sein Wort verpfändet hatte, hinderten ihn die Konservativen daran, sein Wort einzulösen. Und den aller schlechtesten Dienst haben die Konservativen der Monarchie während des Krieges dadurch erweisen, daß sie einzelne Dynastien aufzumunterten, ihre Haussmacht durch Thronansprüche in Polen, Litauen, Kurland, Finnland und Ostpreußen zu vergrößern. Waren die Konservativen die wahren Freunde der Monarchie gewesen, dann hätten sie sich 1917 einmütig hinter die Osterherrschaft des Königs von Preußen gestellt und hätten Deutschland durch ein großes Reformwerk zu einem Volksstaat gemacht. Die preußische Wahlrechtsreform war die entscheidende Frage für die gesamte deutsche Innere Politik, denn sie war eine Lebensnotwendigkeit nicht nur für Preußen, sondern für unser gesamtes Vaterland. Hätten wir noch 1917 ein freies Wahlrecht in Preußen und anderwärts erhalten, dann hätte auch der Krieg einen anderen Ausgang genommen, und wir befinden uns heute nicht inmitten der Revolution. Achseln liegen die Dinge für Sachsen, wo sich die Konservativen auf ihre Königskreise etwas Besonderes zugute tun. Die sächsischen Konservativen verhinderten eine gerechte Schuleform. Sie waren gegen die Reform der ersten Kammer und gegen eine Reform des Landtagswahlrechtes. Sie wollten von einer großzügigen Umgestaltung der gesamten sächsischen Verfassung und Verwaltung nichts wissen. Unter allerlei Ausflüchten wurden die Reformen zurückgestellt. Die Konservativen haben nur ihre Kloßinteressen gekannt und die Staatsgewalt in deren Dienst gestellt.“

Die Konservativen haben nunmehr ihre Rolle als „Triaier des Thrones“ ausgespielt. Jetzt fühlen sich die Deutschnationalen als die Schirmherren des Alters. Die Revolution hat uns vor die Aufgabe der Trennung von Staat und Kirche gestellt. Sofort erheben die Deutschnationalen die Lösung: Kirche und Religion in Gefahr! zu ihrer Wahlparole. Auch die Deutsche demokratische Partei soll der Kirche Gesetze bringen. Schlechter als unter konservativer Zwangs herrschaft kann sich die Kirche kaum befinden. Die Deutsche demokratische Partei, daß die Kirche die wirtschaftlichen Sicherstellungen der Deutschnationalen offen und noch mehr verstet in engem Kreise behaupten, die Demokratie sei glaubensfeindlich, sie wolle den Kindern den Religionsunterricht nehmen usw., so sagen sie eine Unwahrheit. Und diese Art der Agitation leisten sich die Deutschnationalen in demselben Maße, wie sie der Deutschen demokratischen Partei eine Gemeinsamkeit der Lüste antrugen wollten. Die Deutsche demokratische Partei darf auf die Zustimmung jedes deutschen Mannes und jeder deutschen Frau rechnen, wenn sie sagt: Unwahrheit galt von jeher als undeutsch.

Die Konservativen haben nunmehr ihre Rolle als „Triaier des Thrones“ ausgespielt. Jetzt fühlen sich die Deutschnationalen als die Schirmherren des Alters. Die Revolution hat uns vor die Aufgabe der Tren

Die polnische Gefahr

Eine deutsche Antwort an England.

Berlin, 17. Januar. (Drucksbericht.) Die englische Regierung hat am 8. d. M. der deutschen Regierung eine Note überreichen lassen, worin sie die deutsche Regierung auffordert, künftig jede Herausforderung der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien zu unterlassen. Sie weist darauf hin, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenze von den Entscheidungen der Friedenskonferenz abhängen wird, und daß die Mächte bei Beurteilung der Frage notwendigerweise bedacht würden durch die Fähigkeit oder Unfähigkeit der Deutschen, Gebiete mit gemischter polnischer Bevölkerung zu verwöhnen.

Die deutsche Regierung hat auf diese Note folgende Antwort erteilt:

Die deutsche Regierung ist mit der englischen Regierung darüber einig, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenze von den Beschlüssen der Friedenskonferenz abhängt. Staatssekretär Dr. Solf hat bereits am 24. Oktober 1918 im Reichstag erklärt, daß es das Programm des Präsidiums der Vereinigten Staaten offen und ehrlich angenommen hat. Dieses Programm verkündet einen Frieden des Rechts und der Versöhnung und will nicht neue Kriege entstehen lassen. An dieser Auflösung hat die deutsche Regierung fest. Sie befindet sich damit in Übereinstimmung mit den Alliierten, wie dies in der Note des Staatssekretärs Laning und dem Memorandum der Alliierten am 5. November 1918 zum Ausdruck gekommen ist. Sie muß daher mit aller Entschiedenheit die Auffassung juridisieren, daß die Regierung in den gemischtsprachigen Gebieten an der deutschen Ostgrenze irgendwie im Oogenah zu dem vereinbarten Friedensprogramm gehandelt hat.

Die deutsche Regierung ist aber in hohem Grade bestrebt, wie gefordert wird, die sozialen Prostitutionen der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien unterzulassen. Sie kann diese Auffassung der britischen Regierung nur darauf zurückführen, daß die Alliierten über

die Vorgänge an der Ostgrenze Deutschlands

nicht unzertreit sind, denn seit der Annahme der Waffenstillstandsgesetze durch die deutsche Regierung hat sich eine Provokation Polens an die andere gereift.

Im Gegenzug zu der Annahme der englischen Regierung hat die deutsche Regierung alles getan, um die von den Polen früher vorgetragenen Alogen abzuwehren. Die Ansiedlungs- und politischen Maßnahmen werden aufgehoben, der Gebrauch der polnischen Sprache gegenüber den deutschen Bürgern wurde in weitesten Umfangen zugelassen, auf dem Gebiet der Schule und Kirche wurde den Bürgern der Polen Rechnung getragen, polnische Berater wurden den deutschen Bürgern beigegeben, ein besonderes Amt zur Kontrolle der durch die Kriegswirtschaft aus der Provinz Polen herausgehenden Lebensmittel, in dem die Polen das Übergewicht haben, wurde errichtet. Über weitere Maßnahmen in administrativer und personeller Beziehung schwelen noch Verhandlungen.

Trotzdem sind die Polen plausibel damit befähigt, einen Staat im Staat zu errichten. Gleich nach Abschluß des Waffenstillstandes entschließt sie in der Provinz Polen eine rege

Aktion zur Schaffung polnischer Truppenkörper.

Im der polnischen Presse erging eine Aufforderung an alle entlassenen Mannschaften, sich sofort bei bestimmten Truppenteilen zu

melden. Da die polnischen Soldaten dieser Aufforderung fast restlos nachkommen, gelang es den polnischen Führern, eine zuverlässige Truppe in ihre Hand zu bekommen. Die aus polnischen Provinzen gebürgten deutschen Mannschaften, die zur Entlassung kamen, begaben sich im Gegenzug hierzu sofort nach Hause. Herr Korfumy hat bei Verhandlungen in Bromberg, die mit Kommissären der polnischen Regierung Anfang dieses Monats stattgefunden, über den Zweck dieser Maßnahmen befragt, erklärt, die Polen dachten nicht daran, diese Wehrmacht aufzubauen, sondern verfügten, sie nach Möglichkeit zu verstärken, da sie nach Friedensschluß gewonnen sein würden, die durch Konferenzbeschuß ihnen zugeschriebene Gebiete gewaltsam zu erobern. Deutschland werde sie nicht freiwillig hergeben. Nach den schon angeführten deutschen Regierungserklärungen ist diese Behauptung geradezu lächerlich.

Den Polen ist es gelungen, deutsche Garnisonen in der Provinz Polen zu kolonialisieren. Der englischen Regierung selbst bekannt, wie das auf ihr Entschluß von der deutschen Regierung gewöhlte Freizeit für den englischen Oberst Wade und seine polnischen Begleiter Heers Paderewski und Frau

von den letzteren in schmäßlicher Weise missbraucht wurde, indem diese Delegation gegen alle Verabredungen nach Polen fuhr, um dort das Zeichen zum Kampfe der polnischen Bevölkerung der deutschen Gebiete gegen Deutschland zu geben. In dankenswerter Weise hat die englische Regierung selbst Anordnungen getroffen, damit die Fortsetzung dieser Provokationen unterbleibt.

Am Tage nach der Ankunft Paderewskis fiel die Festung Polen in polnische Hände. Sofort schlossen sich die polnischen Kreise des Regierungsbüros Polen mit Polen an. Aus dem militärisch-strategischen Vorgehen auf die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte und auch auf die Planmäßigkeits der Bewegung geschlossen werden. Durch nationale Begeisterung gäbe es sie nicht zu erkennen. Von oben hat offenbar nicht das Vertrauen zur Friedenskonferenz, daß allen den Wünschen entsprechen wird. Es wird jederzeit bestrebt, Herr Paderewski habe in Polen mißgelenkt, die Polen könnten nicht damit rechnen, die Gebiete in dem Umfange, in dem sie sie besprechen, zu erhalten. Dies ist der Grund dafür, daß in weiteren Gebieten der Provinz Polen

die deutsche Bevölkerung durch Terrorisierung zur Flucht veranlaßt wurde. Die Rolle jährt dann eine Reihe politischer Unregelmäßigkeiten auf, u. a. daß auf judenreichen Lokalstationen der Abtransport von Lokomotiven und Eisenbahnwagen verhindert wurde, die dazu bestimmt waren, gemäß den Waffenstillstandsaufstellungen abgeleitet zu werden. Herr Korfumy hat dies damit begründet, daß das Material zum Teil der preußischen Bahnen gehört. Er werde bei der Waffenstillstandskommission erwischen, daß diese Lokomotiven und Wagen auf die Züge der Preußischen Bahn abgeführt werden. Die deutsche Regierung steht einer baldigen befreienden Reaktion über die Richtigkeit dieser Behauptung des Herrn Korfumy entgegen. Das Vorgehen der Polen gegen die Bahnen im Regierungsbezirk Bromberg geschieht nicht nur den Transport von Lebensmitteln nach Berlin, sondern auch den Rücktransport der deutschen Truppen aus den besetzten russischen Gebieten.

Die Provinz Polen befindet sich jetzt in einem Zustande nationaler Aufbrühs. Die deutsche Bevölkerung richtet dauernd Hilferufe an die Reichsregierung. Diese sieht sich daher genötigt, ebenso wie früher die englische Regierung in Irland, militärische Maßregeln durch Entsendung einer starken Truppenmassen abzunehmen, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die deutsche Regierung hat es bisher unterlassen, gegen Staatsbürger der polnischen Nation, die nach deutschem Strafgesetz zu urteilen, Landes- und

hochverrat vorbereiten und begehen, einzuschreiten. Sie kann nicht länger einem Treiben zujähren, daß an Stelle einer von ihr bereits eingeschlagenen gerechten friedlichen Regelung der Frage der machtlässere polnische Imperialismus angebietet schaltet und willkt, da sie darin eine nicht zu unterschätzende Gefahr für einen dauernden Weltfrieden erblickt.

Die Vorgänge in Oberschlesien haben mit nationalen Fragen nichts gemein. Hier herrscht auch in den gemischtsprachigen Gebieten einzig Ruhe. Eine Ausnahme bildet nur ein Teil des oberösterreichischen Industriegebietes. Dort haben Arbeiternenden stattgefunden, die auf eine internationale polnisch-englische Agitation zurückzuführen sind und mit nationalen Fragen nichts zu tun haben. Ein Beweis hierfür ist, daß dieselbe Bewegung in dem angrenzenden Industriegebiet nicht bestätigt zum Ausdruck gekommen ist.

In Oberschlesien kann man von einer nationalen polnischen Bewegung überhaupt nicht sprechen. Auch von den Majoraten, die von den Polen zu den übrigen gerechnet werden, liegen der Reichsregierung überall Petitionen aus längster Zeit vor, in der sie gegen eine Loslösung vom Deutschen Reich entschieden Widerstreben erheben.

Auch die Warschauer Regierung hat zur Annahme der nationalen Bewegung in den preußischen Provinzen beigegeben.

Sie hat es sogar unternommen, die

Wahlen zur polnischen Konstituante in den genannten Provinzen anzutreten und dieses deutsche Gebiet in 10 Wahlkreise einzuteilen, eine Proklamation und Anordnung, die in der Weltgesichter einzuführen dachte. Alle Maßnahmen der deutschen Regierung seit Abschluß des Waffenstillstandskommissionsdiens nur der unangemessenen Durchführung dieses Abkommen und der Abwehr der ungerechten polnischen Unprüfung, die polnische Frage bereits vor der Friedenskonferenz zur Entscheidung zu bringen.

gaz. Preußisch-Ranham.

Deutsch-polnische Waffenstillstandsverhandlungen

Posen, 17. Januar. (Drucksbericht.) Im Laufe des gestrigen Tages haben sich polnische Unterhändler nach Cossa begeben. Dort finden heute mit den deutschen Regierungsoffizieren Unterhandlungen statt, die darauf hindeuten, einen allgemeinen deutsch-polnischen Waffenstillstand

zu erreichen. Die deutsche Regierung hat zur Annahme der nationalen Bewegung in den preußischen Provinzen beigegeben. Auch von den Polen zu den übrigen gerechnet werden, liegen der Reichsregierung überall Petitionen aus längster Zeit vor, in der sie gegen eine Loslösung vom Deutschen Reich entschieden Widerstreben erheben.

Die Warschauer Regierung hat zur Annahme der nationalen Bewegung in den preußischen Provinzen beigegeben.

Die Eröffnung des Dramas "Gas" von Georg Kaiser hat gestern abend im Schauspielhaus stattgefunden. Wegen des Andrangs des politischen Stoffes können wir die Besprechung der erfolgreichen Aufführung erst in der morgigen Sonntags-Ausgabe veröffentlichen.

Die Bekämpfung der Spione seien derart hart, daß sie alle Unternehmungen lämmen. Die Dividende wurde auf 8 Proc. festgesetzt.

Der Verein Chemischer Fabriken, Akt.-Ges., in Zeitz. In der heutigen Generalversammlung, die u. a. über die Verteilung einer Dividende von 12 Proc. Beschluss fassen sollte, stellte ein Aktionär den Antrag, aus dem Vortrag von 638.564 M. noch einen Bonus von 16 Proc. zu verteilen. Nach kurzer Beratung des Aufsichtsrates teilte der Vorsitzende mit, daß der Aufsichtsrat dem Antrage begegnet sei, da die finanziellen Verhältnisse des Unternehmens die Verteilung von 12 Proc. Dividende und 16 Proc. Bonus gestatteten. Die Versammlung beschloß dies gemäß. Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat wurden die zwei Großaktionäre Bankier Jean Laband, L. Fa. Laband, Stiehl & Co., in Hamburg, und Generaldirektor Julius Schliekumwerke, Akt.-Ges., in Hamburg, neu in den Aufsichtsrat gewählt. Über die Aussichten vermöchte die Direktion unserem Vertreter wegen der unsicheren politischen Verhältnisse keine bestimmten Angaben zu machen.

Dividendenerklärungen

Vereinsbrauerei zu Apolda, Akt.-Ges., wieder 5% Proc. Griechische Aktienbrauerei im Eisfeld 4 (6. V. 5) Proc. Aktienbrauerei Eichberg in Sonnenberg wieder 10 Proc.

* Von der gestrigen Berliner Produktionskasse wird berichtet: Die an den Transportschwierigkeiten leidende Kasse hat dadurch sehr erschwert. Zu Abschlägen auf spätere Lieferungen besteht naturgemäß nur wenig Neigung und eine geringe Ware macht sich aus diesem Grunde knapp. So halten sich die Zulieferer in den und stroh in recht etwas Gespann. Auch Kleinbetriebe sind nur wenig zu haben. Für diese kommt noch dazu, daß auf Lieferungen aus dem Osten kaum geahnt werden kann und so muß die große Nachfrage der Reaktion, Schwedische und Uralische meist unbefriedigt bleiben. Das Angebot in Sachsenhausen ist nicht größer geworden, von Uerste kommt etwas mehr Material heran. Ein Etappenabschluß hat sich nicht gefindet, das Angebot bleibt rezession.

Hauptberichterstatter Dr. Erich Goeth. Verantwortlich für den politischen Teil Dr. Georg Moritz; für den politischen Redaktionell Dr. Claus; für die Geschäftsführung Walther Schmid; für Politik, Wirtschaft und Politik Dr. Max Pöhl; für Sport Dr. Hugo Giese; für Kunst Dr. Wilhelm Hartmann; für Wissenschaft Dr. Ernst Schröder. — Mit den drei letzten Titeln ist gleichzeitig die Schriftleitung: Dr. Hugo Giese.

Unsere gestrige Abendausgabe umfaßt 4 Seiten, die vorliegende Ausgabe 8 Seiten, zusammen 12 Seiten

Handels-Nachrichten

Berliner Börse

Berlin, 17. Januar, 1 Uhr 25 Min.

Die gestern hervorgetretene Neigung zu Deckungs- und Meinungswahlen hielt auch heut an; andererseits fehlte es an Angebot, so daß bei weise starke Kurserhöhungen hervorbrachten. Von Dividendenwerten erhöhten sich Schiffsaktien um 2-3 Prozent. Unter den Mestaapäpieren waren die oberschlesischen Werte eher vornachlässig; allein Caro stellten sich etwas höher, während Hohenlohe sogar nachgaben. Von westlichen Montanwerten erzielten sich Bochumer, wogegen Gelsenkirchener, Rombacher und Deutsch-Luxemburg höher lagen. Die Anteile des Aulankonzerns waren durchweg ansteigend, ebenso Elektroaltpapiere.

Rüstungsaktien vermochten sich um 8 bis 9 Proc. zu heben. Festlagen auch alle Kaliwerte. Somit erfuhrn noch stärkere Steigerungen Schantungsbahn und Türkische Tabak. Die amtlich nicht notierten Papiere wiesen gleichfalls größere Kursbesserungen auf, so Chemische Zeitz, Scheidehandel, Benz und Polyphon (178). Petroleumspapiere blieben unsatzlos, ebenso russische Bankanteile.

Heimische Anteile lagen fest, besonders Kriegsanleihen, die sich auf 90,80 erhöhen konnten. An fremden Renten waren österreichische Fonds fest; Pfandanleihen wurden stärker gesucht. Der Geldmarkt blieb unverändert leicht.

Berlin, 1,40 Uhr.

Am Markt der mit Einheitskursen notierten Papiere kam es zu stürmischen Aufwärtsbewegungen, da hier jegliches Angebot fehlte. Höher lagen u. a. Egestorff Maschinen, Busch Wagon, Hartmann, Chemitzer Zimmermann, Maschinenfabrik Kapellen, Ernst Schied, alle Porzellanwerke, Ludwig Hupfeld, Reiniger Gerbstoll. Niedriger stellten sich Kollmar & Jourdan.

Leipziger Börse vom 17. Januar

Auch heute war das Geschäft angeregter bei zunehmender Kauflust. Die Kurse wiesen dementsprechend steigende Tendenzen auf. Am Markt der Industriepapiere wurden von Kohlenaktien Bockwa billiger offeriert; Mansfelder Käufe blieben unverändert. Oelsitzer konnten mangels Materials nicht gehandelt werden. Das letztere gilt auch für eine Reihe von anderen Werten wie beispielsweise Hallesche Zimmermann, Tittel & Krüger, Norddeutsche Wollkämmerei und andere mehr. Wesentlich gestiegen waren Heine & Co., die ungeliebt 2 Dutzend Prozent gewannen, und Poëge, die mit einem Gewinn von etwa 10 Proc. den Markt verließen. Gebeschert waren u. a. ferner Chemitzer Zimmermann, Hartmann, Sachsenwerk, Ceres, Dux, Hansa-Lloyd, Würker & Knirsch, Leipziger Wollkämmerei, die nachbörse weiter avancierten. Thüringer Wollgarn, Wernshausen, Leipziger Baumwollspinnerei, Miltwida Weberei, Glaziger Zucker, Saccharin, die drei Muskwaren, Fritz Schulz, Leipziger Gummi u. a. m. Schwäbischer lagen Rosinen und Kürbisdotter Zucker, Hallesche Zement, Textillose und Stärk. Von Baskalkästen zogen Chemitzer Bankverein und Leipziger Hypothekenbank an. Transportwerte veränderten sich nicht.

Am Anlagemarkte stellte sich sächsische Rente höher; Bspw. Konso. blieben unverändert, Kriegsanleihe war nachgegangen. Von Stadtanleihen gingen 4 Proc. Leipziger um, während Plauener und Dresdner weiter angeboten waren. An Pfandbriefen handelte man Erbänder, Landwirte und Hypothekenbank. In Bahnprioritäten erzielten Aussiger besseren Preis.

Am Anlagemarkte hielt die rege Nachfrage nach Dividendenwerten auch am Freitag an, doch fehlte es an Verkäufern, obwohl erheblich mehr geboten wurde. Bevorzugt waren namentlich alle keramischen Werte, die fast sämtlich mehrere Prozent anwiesen. Stärker gehoben waren ferner Kohl, Gebler, Schubert & Salziger, Seidel & Naumann, Krause & Baumann, Peniger Patentpapier, Bautzner Papier, Weißschorner, Hirsch Glas und Chemische von Heyden. — Auf dem Anlagemarkte zeigte sich Interesse für Renten und Pfandbriefe.

* Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt. Das Institut teilt mit, daß der Abteilungsleiter Eisenbahner, Hauptbeamter, nimmt und Senior Paul Nathan Gesamtprokur ist. Dieser sind ermächtigt, die Firma in Übereinkunft mit einem Vorstandmitgliede oder mit einem Prokuristen per procurationem zu vertragen.

Id. Vom Drahtmarkte wird uns geschrieben: Mit der Einstellung der Feindseligkeiten und dem damit verbundenen Nachlassen bzw. völligen Aufhören des Bedarfs an Heeresmaterial haben sich die Verhältnisse am Drahtmarkt völlig verschoben. Der Bedarf, der auch schon für Heereslieferungen in den Monaten vorher starker nachgelassen hatte, ist auf der ganzen Linie erheblich geringer geworden, zumal weil auch die Ausfuhr in die Balkanstaaten und nach den österreichischen Gebieten völlig eingestellt worden ist. Auch in den Produktionsverhältnissen selbst zeigt sich eine große Verschiebung, Stahl- und Draht für Armierungszwecke werden kaum noch angefordert, dafür wird das Inland regen Bedarf an Drahtstiften und anderen Drahtverarbeitungsfabrikaten auf. Im Kriege konnte der private Bedarf nur zu einem kleinen Teil befriedigt werden, weil selbst bei angestiegener Tätigkeit der Werke alles aufgeforderte Heeresmaterial kaum zu beschaffen war. Infolgedessen sind namentlich die Händler bestrebt, die arg gezeichneten Lager sonst wie möglich wieder anzufüllen, da die Nachfrage recht lebhaft eingesetzt hat. Man rechnet vornehmlich damit, daß zum Frühjahr eine größere Bewegungsfreiheit in der Bautätigkeit eintreten und im Zusammenhang ein starker Bedarf an Drahtstiften sich zeigen wird.

Zur Aufsuhr kommen aus den neutralen Ländern reichliche Anfragen, diese Länder konnten im Kriege ebenfalls nur müßig versorgt werden, so daß viele Arbeiten, zu denen Draht- und Drahtfabrikate Verwendung finden, zurückgestellt werden müssen. Es ist bereits zu recht umfangreichen Geschäften mit deutschen Drahtfabriken gekommen, indes hindernd die Spur vorläufig die Lieferungsmöglichkeit. Die Preise müssen im Kampfe gegen englische und andere Angebote teilweise erheblich ermäßigt werden. Die Lieferungsmöglichkeit der Werke ist außerordentlich beschränkt, den Rohdrahtwerken fehlt es an Halbzug und die Drahtstiftfabriken bekommen keinen Stiftdraht. Eine größere Anzahl von reinen Betrieben hat infolgedessen die Werke stillgelegt, zumal weil auch Brennmaterial und andere Rohstoffe völlig ungünstig angeliefert werden und die hohen Lohnforderungen der Arbeiter speziell für diese Art von Betrieben die Fabrikation nur verlustbringend gestalten. Nach den von der Drahtkonvention vorgenommenen Erhöhungen kosten jetzt Walzdraht 450 M. per Tonne, gezogener Draht 450 M. pro Tonne, verzinkter Draht 580 M. per Tonne. Drahtstifte 52 M. pro 100 kg.

Der Verbandsfrage in der Drahtindustrie ist man einstweilen noch nicht nähergekommen, die bisherige Drahtkonvention soll in der jetzigen Form einstweilen fortbestehen bleiben.

ap Schrotthändlervereinigung in Düsseldorf. Der Aufsichtsrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, der Mitgliederversammlung eine ansehnliche Preiserhöhung für Eisen- und Metallstahl vorzuschlagen. In Anbetracht der niedrigen jetzigen Preise dürfte die Erhöhung bald in Kraft treten.

Die Rübenanbau im linksrheinischen deutschen Gebiet. Der Anbau von Zuckerrüben im linksrheinischen Gebiet ist dadurch in Frage gestellt worden, daß der bisher aus dem rechtsrheinischen Gebiet bezogene Rübensamen nicht mehr geliefert werden darf. Ob die von der deutschen Waffenstillstandskommission erlaubte Freigabe von der Entente genehmigt werden wird, erscheint vorläufig sehr fraglich. Durch das Verbot des Bezuges von Rübensamen ist also die Erzeugung von Zucker im linksrheinischen Gebiet für das nächste Betriebsjahr stark gefährdet.

* Bergmann-Elektrizitäts-Unternehmungen in Berlin. Dieses Tochterunternehmen der Bergmann-Elektrizitätswerke, Akt.-Ges., arbeitete in 1917/18 mit einem Bruttoeinsatz von 813.445 (L. V. 145.450) M. Nach Verrechnung der Umläufe und der aus dem Vorjahr übernommenen Unterbilanz von 291.844

Zur Nationalversammlung

Wähler und Wählerin!

Gib Deine Stimme nur der Partei,

die

1. eintritt für die Schaffung von Arbeits- und Verdienstfreiheit,
2. eintritt für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt,
3. eintritt für den Schuh von Haus und Hof, von Werkstatt und Fabrik,
4. eintritt für die Erhaltung des Eigentums und der Eigenwirtschaft,
5. eintritt für eine gerechte Besteuerung unter Schuh der Schwachen,
6. eintritt für Familie und Sippe, für Kirche und Schule,
7. eintritt für ein einiges, kraftvolles Deutschland,
8. eintritt für die Ordnung u. Rechtsicherheit, für Freiheit u. Frieden,

aber kämpft gegen die Lähmung der Wirtschaft durch sinnlose Streiks,
aber kämpft gegen die Verstaatlichung der Produktionsmittel,
aber kämpft gegen die Plünderung von Hab und Gut,
aber kämpft gegen den Gewaltsozialismus, Kommunismus, Bolschewismus,
aber kämpft gegen die Verschleuderung der öffentlichen Mittel,
aber kämpft gegen die Verwüstung der christl. Ehe und Jugenderziehung,
aber kämpft gegen die Zerrichtung Deutschlands, gegen den Inter-
aber kämpft gegen Terrorismus und Bürgerkrieg. [nationalismus,

Welches ist diese Partei?

Diese Partei ist die Partei für Deutschland und Demokratie,
die Partei für Freiheit, Fortschritt und Sozialpolitik,

Die Deutsche Demokratische Partei

„Liste Jöphel-Schneider-Goetz“

Wer christlich wählt, wählt „Liste Burlage“

Aufruf aus evangel. Kreisen

zum Anschluß an die Christliche Volkspartei, das Zentrum!

Es ist zwingende Notwendigkeit, daß sich alle Kreise, die sich zum christlichen Glauben bekennen, für die Wahlen zur Nationalversammlung eng zusammen schließen.

Protestanten und Katholiken haben gemeinsame Ziele, sowohl im Staatsleben als in der Verteidigung ihrer Religionsbelastungen.

Eine besondere Partei für Protestanten, Lutheraner usw. zu bilden, wäre aussichtloses Beginnen. Viel leichter ist es, Vorhandenes auszubauen; größere Sicherheit bietet es, eine bestehende Macht zu stärken.

Es kann nicht jeder Deutsche eine eigene Partei bilden!

Es gibt nur eine Partei, die alle Volkskreise umfaßt, in der Großgrundbesitzer, Bauern, Gelehrte, Künstler, Industrielle, Kaufleute, Handwerker und Arbeiter vereint werden — das Zentrum, die Christliche Volkspartei, das christliche Volkspartei auf breiterster Grundlage.

Das Zentrum hat seit einer wahrhaft volksfürstlichen Wirtschaftspolitik verfolgt, und die Erhaltung geistlicher Lebens- und Kulturideale ist bei dieser Partei in sicherer Obhut.

Das Zentrum ist keine konfessionelle Partei. Vom Zentrum werden nicht einzelt die Interessen der katholischen Kirche vertreten, unter hervorragenden Führern der Zentrumspartei befinden sich auch schon

in der Vergangenheit Protestanten.

Erklärung in Vorurteilen widerspricht den elementarsten Grundsätzen der christlichen Religion. Es wäre verbängnisvoll, wenn sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung auch nur eine Spur eines Gegenseitigen zwischen Katholiken und Protestanten herauswürde.

In vollem Bewußtsein der Tragweite ihres Entschlusses haben sich die Unterzeichneren, die sich zur evangelischen Konfession bekennen, der Zentrumspartei angeschlossen. Viele Männer und Frauen aus evangelischen Kreisen sind bereits ihrem Beispiel gefolgt.

Seid auch der ungeheuren Gefahren bewußt, von denen unser Vaterland gegenwärtig bedroht ist, seid auch bewußt, daß wir alle vor einem grausamen Abgrund stehen, in den wir hinabstürzen werden, wenn der Ruf zur Sammlung von Christen aller Konfessionen nicht befolgt wird.

Denkt an unsere Jugend, wenn der Schulen die erzieherische Kraft der christlichen Religion entzogen werden soll.

Denkt an das Dichterwort: „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu beehren.“

Wählt die Christliche Volkspartei, das Zentrum!

Für den evangelischen Flügel des Zentrums (Christliche Volkspartei):

Johannes Haider, Pfarrer an der Lutherkirche. Dr. Karl Dunkmann, ordentl. Prof. der evang. Theologie. Albert Weidner, Bankier. Arno von Rehbinder, Rechtsanwalt. Dr. Rudolf Hahnfuß, Student der Staatswissenschaften. Ella Willkow, Buchhalterin. Alfred Braun, Mitglied des Schüler-Theaters. Oskar Erem, Direktor. Ludwig Hübsch, Instrumentenarbeiter. Hedwig Lüdgerer, Buchhalterin. Else Poniatow, Mag. Schaff. Fabrikant. Albert Arbat, Malermeister. Paul Wenzel, bedil. Buchdrucker. Wilhelm Jegenheim, Kaufmann.

Wir bringen diesen Aufruf unserer treuen Parteifreunde hiermit zur Kenntnis und bitten um Anmeldungen an unser Parteidirektor Bürgkeller, Roßmarkt.

Zentrumspartei (Christliche Volkspartei) Leipzig.

Liste Burlage ist die Zentralliste, die Liste der Kandidaten, die für die christliche Sache eintreten.

Zweigverein Leipzig vom Roten Kreuz.
Die öffentliche Hauptversammlung

Montag, den 27. Januar 1919, mittags 12 Uhr
in der Geschäftsstelle, Verlagsbücherei S. L. Ott.

Zugelassene:

- I. Berichte und Bedienungsbericht des Vorstandes.
- II. Berichtigung über etwa eingehende Anträge des Zweigvereins-Mitgliedern.
- III. Neuwahl des Vorstandes.

Die beim Zweigverein angehörenden Mitglieder des Roten Kreuzes in Sachsen werden zur Teilnahme an der Versammlung freigemacht eingeladen.

Der Vorstand des Zweigvereins Leipzig vom Roten Kreuz, Stuttgart-Gaisdorf, Sachsen.

Getrocknete Pilze

Prima Speiseware à Pfd. 8 M.
im Sennert billiger. Muster u. Verband gegen Nachnahme
offerten R. Paul Wilhelm, Dresden,
Kaufmärkthalle, Staub 68.

NÄHRHEFE

bleibt für die Friedenszeit unerlässlich.
1 kg Nährhefe hat den gleichen
Nährwert wie 2,5 kg mittelfettes Hindfleisch.
Ich habe daherlich frei gegebenen Nährhefe an
Sollzuckerbraucher abzugeben.
Muster und Gebrauchsanweisung kostenlos.
G.A. Scheffler, Charlottenburg, Wallstr. 240

Christlich-nationale Arbeiter,

Arbeiterinnen und Angestellte!

Wählt nur die Listen derjenigen Partei, die entschieden eintritt für christliche Volkserziehung, für die Freiheit und Rechte der Kirche, für Wahrung des Deutschtums und für soziale Gerechtigkeit.

Christliches Gewerkschaftskartell.

Hauptversammlung

Leipziger Schillerstiftungs-Mitglieder

Mittwoch, den 20. Januar 1919, nachmittags 1 Uhr,

im Sitzungszimmer Nr. 313 (Hauptgeschöft) des Neuen Rathauses.

Tagesordnung:

1. Bericht über das Jahr 1918.
2. Kassenbericht über das Jahr 1918 und Voranschlag für das Jahr 1919.
3. Neuwahl des Vorstandes.

Leipzig, den 17. Januar 1919.

Der Vorstand der Leipziger Schillerstiftung.

Dr. Albert Köster.

Podiges Haar — eine Sierde!
Podges-Haar ist ein sehr feines, leichtes Material, bestreift mit einem dichten Haarschleier, der leicht zu binden ist.

Kaffeehaus Korso
Kloststrasse 1. Augustaplatz. Goethestraße 1. Schönste und verschiedenste Lage Leipzigs. Täglich von 4-7 Uhr nachmittags und von 10-11 Uhr nachts.

Künstler-Konzert.
Nach dem Theater, Varieté und anderen Vergnügungen trinkt man seinen Kaffee oder Tee bei seiner Künstlermusik im Kaffeehaus Korso.

Gebäck aus eigener Konditorei.
Dr. Georg Seifner.

Centraltheater

Großer Festsaal:

Morgen

C.-T.-Ball

Anfang 4 Uhr.

Luna-Park Wahren.

Heute Sonnabend:

Großes Ballfest!

Morgen Sonntag:

Der feine Ball!

PARK MEUSDORF

besitzer: GEORG OUTHARDT

Sonntag, den 19. Januar

3 UHR

IM GROSSEN FESTSAAL

Der große Ball

Musik: Unser bewährtes Streichorchester

Große Besetzung

IN DEN PARKHALLEN:

Der Bürgertanz

Musik: Unser Konzert-Orchester

Die Wirtschaftsräume werden

erst um 2 Uhr geöffnet

Gasthof zur Linde Oetzsch.

Morgen Sonntag von 8 Uhr ab

der beliebte

Lindenball!